

Montag, 26. September 1977

Blatt 2338

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS
ausgesendet:
(violett)

"Tag der offenen Tür": Gewinner beim "Wien-Spiel"

Kommunal:
(rosa)

Umbau und Modernisierung im Franz Josef-Spital
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Lokal:
(orange)

Fremdenführerprüfungen in Wien
Neues vom Hallencup

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

.....
bereits am 24. september 1977 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

"tag der offenen tuer":

die gewinner beim grossen "wien-spiel"

25 wien, 24.9. (rk) auch die gewinner der hauptpreise beim grossen "wien-spiel", das am "tag der offenen tuer" veranstaltet wurde - insgesamt nahmen 35.000 wienerinnen und wiener, jung und alt, daran teil - stehen schon fest. die verlosung der hauptpreise erfolgte bei der abschlussveranstaltung auf dem rathausplatz unter aufsicht eines notars.

die gewinner eines fernsehgeraets sind: doris s p i t z - n a g e l aus favoriten, helmut k o s i t z aus mariahilf und rosi b a u m a n n aus hietzing. cassettenrecorder gewannen: erika t o g l aus favoriten und elise und susi f r a n z aus der leopoldstadt. (am)

1913

26. september 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2340

k o m m u n a l :

=====

franz josef-spital:

umbau und modernisierung der zentraldesinfektion

1 wien, 26.9. (rk) die zentraldesinfektion im franz josef-spital soll modernisiert werden. zur erneuerung dieser anlage ist es unter anderem auch notwendig, neben verschiedenen umbauarbeiten zuluft- und abluftanlagen zu installieren. die voraussichtlichen kosten fuer das gesamtvorhaben werden 8,3 millionen schilling betragen. sie wurden vom gemeinderatsausschuss fuer gesundheit und soziales genehmigt. (zi)

0837

26. september 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2341

L o k a l :

fremdenfuehrerpruefungen in wien

2 wien, 26.9. (rk) die magistratsabteilung 7 weist darauf hin, dass einvernehmlich mit der kammer der gewerblichen wirtschaft als termin fuer die abhaltung der fremdenfuehrerpruefungen, nach massgabe der anmeldungen, die tage 2. und 3. november 1977 vorgesehen sind.

dieser termin gilt fuer erstkandidaten, nachpruefungen und die abnahme des nachweises fuer ausreichende kenntnisse in fremdsprachen.

anmeldeschluss ist der 17. oktober 1977, die anmeldung ist bei der magistratsabteilung 7, 1082 wien, friedrich-schmidt-platz 5, schriftlich einzubringen. (os)

0839

L o k a l :

=====

neues vom hallencup

6 wien, 26.9. (rk) zu einem der zahlreichen hoehepunkte im rahmen des "hallencup der stadt wien", der am 1. und 2. oktober im hallenstadion durchgefuehrt wird, zaehlt zweifellos auch das antreten des oesterreichischen rekordhalters im hochsprung, wolfgang tschirk. der badener, der sich als ziel die teilnahme bei den olympischen spielen 1980 in moskau setzte, befindet sich in ausgezeichneter form. die gegner des staatsmeisters: dietmar hoellrigl (iac-marker), sepp zeilbauer (mlg-sparkasse), franz benda (oetb-wien) und gerhard hejkrlik (cricket).

fraglich ist weiterhin die teilnahme von werner preenner (atse Longlife), der zur gleichen zeit beim bundeslaendervergleichskampf in der steiermark antreten muesste. bisher blieb der brief des veranstalters bezueglich eines antretens von preenner ueber zwei monate unbeantwortet. preenner waere persoentlich an einem start in wien mehr interessiert. der ebenfalls vorgesehene dieter gehmacher (ti-raiffeisen) musste wegen einer langwierigen verletzung absagen.

die la-bewerbe

beim "hallencup der stadt wien" werden in der leichtathletik folgende bewerbe ausgetragen: frauen: 60 m, 800 m. - maenner: 60 m, 400 m, 3.000 m und hochsprung.

mit olympiasieger und vize-europameister

im judosport und im fechten wird jeweils nur ein kampf des derzeit besten oesterreichers gegen einen prominenten auslaender ausgetragen. der situationsbericht:

degen: staatsmeister walter marik trifft in einem kampf auf zehn erhaltene treffer auf den olympiasieger alexander pusch aus der brd.

judo: juniorenweltmeister robert koestenberger hat in einem kampf ueber 8 minuten den belgischen vize-europameister van der walle zum gegner.

rad: neben der gesamten inlaendischen spitze, die von rundfahrtsieger rudi mitteregger, staatsmeister hans summer und wm-achten leo karnner angefuehrt wird, liegt die definitive zusage des regierenden meisters in der mannschaftsverfolgung, der bundesdeutschen juergen colombo, otto steins, horst gewiss und wolfgang schaeffer, vor. verhandlungen sind noch mit einem team aus ungar sowie aus polen im gange. am 1. oktober sind im rahmen der boxkaempfe drei bewerbe in der mannschaftsverfolgung vorgesehen: wien-budapest, salzburg-brd, oberoesterreich-polen (oder niederoesterreich).

(hof)

1048

k o m m u n a l :

=====

wiener landtag

7 wien, 26.9. (rk) unter dem vorsitz seiner praesidentin maria h l a w k a (spoe) trat der wiener landtag am montag zur ersten sitzung nach der sommerpause zusammen. es lagen a n t r a e g e der fpoe und der oevp auf abaenderung der wahlordnung sowie ein antrag der oevp auf novellierung des wiener kinogesetzes vor.

stadtrat h e l l e r (spoe) berichtete ueber die 13. novelle zur besoldungsordnung 1967, die verbesserungen bei ueberstellungen in die verwendungsgruppe b und die ausdehnung der ersatzleistungen bei karenzurlauben aus anlass der mutterschaft betrifft.

a b s t i m m u n g : in 1. und 2. lesung einstimmig angenommen.

ueber die 2. novelle zum unfallfuersorgegesetz 1967 berichtete ebenfalls stadtrat heller. die novelle sieht unter anderem eine ausdehnung des unfallschutzes vor.

a b s t i m m u n g : in 1. und 2. lesung einstimmig angenommen.

auslieferungsbegehren

abg. dr. h a b l (oevp) stellte den antrag, ein ansuchen des landesgerichtes fuer strafsachen wien auf auslieferung von stadtrat dr. g o l l e r (oevp) wegen des verdachtes auf ueble nachrede abzulehnen. dr. goller hatte in der sitzung des wiener gemeinderates vom 30. juni 1977 im zusammenhang mit einem subventionsansuchen des vereins "wien international" den vorwurf einer indirekten subventionierung eines der spoe nahestehenden vereines, an dessen spitze buergermeister g r a t z stehe, erhoben. dr. habl erklaerte, dass dr. goller diese aeusserungen in seiner eigenschaft als mandatar gemacht habe, weshalb sich das immunitaetskollegium gegen eine auslieferung ausgesprochen habe.

abg. s u t t n e r (spoe) stellte fest, dass das privileg der immunitaet allzuleicht dazu verleite, aeusserungen zu machen, die unhaltbar sind. das recht zur kritik und zur freien meinungsaeusserung sei unbestritten, beinhalte aber nicht das recht zu behauptungen, ver

denen jeder anstaendige privatmann zurueckscheuen muesste, weil er sich dafuer vor gericht verantworten muesste. wenn sich jemand in einer debatte einmal im wort vergreife, so sollte man dies nicht dramatisieren. in diesem fall wurde jedoch dem buergermeister amtsmissbrauch vorgeworfen. suttner verlieh seiner meinung ausdruck, dass fuer diesen schwerwiegenden vorwurf eigentlich vor gericht der wahrheitsbeweis angetreten werden sollte und - wenn dieser nicht gelaenge - dr. goller die strafrechtlichen konsequenzen tragen sollte. die spoe werde dem antrag, das auslieferungsbegehren abzulehnen, dennoch zustimmen, weil die bevoelkerung sehr wohl selbst ein politisches urteil faellen koenne und weil verhindert werden soll, dass sich die politik vor dem strafgericht abspielt. suttner appellierte, die wuerde und das ansehen des gemeinderates zu wahren und von perseenlichen ehrenbeleidigungen abstand zu nehmen.

dr. h a b l (oevp) erklarte in seinem schlusswort, dass auch der nationalrat nur dann die zustimmung zur auslieferung erteile, wenn der tatbestand in keinem zusammenhang mit der ausuebung des politischen amtes stehe.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde einstimmig angenommen, das auslieferungsbegehren somit abgelehnt. (ger) (schluss)

(ende des sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

8 wien, 26.9. (rk) anschliessend trat der wiener gemeinderat unter dem vorsitz von gemeinderat s c h r e i n e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. dem gemeinderat lagen je vier a n f r a g e n der fpoe und der oevp vor. ausserdem lagen ein a n t r a g der fpoe auf austritt der wiener e-werke aus dem verband der oesterreichischen e-werke sowie a n t r a e g e der oevp, betreffend massnahmen zur erleichterung des parkens in kurzparkzonen fuer versehrte und behinderte, betreffend die rueckstellung von 200 millionen s vom bund ueberwiesenen 312,5 millionen schilling fuer den bau der u 3, betreffend die verbesserung des oeffentlichen verkehrs im 22. bezirk, betreffend die vereinfachung des abrechnungssystems bei den gaswerken und betreffend die oeffnung des hetzendorfer schlossparkes und a n t r a e g e des 7. bezirkes, betreffend die nutzung freiwerdender flaechen des messepalastes und die abtragung eines teiles der stiftskaserne zur errichtung einer gruenflaeche oder eines kinderfreibades vor. die antraege wurden zugewiesen. (ger) (forts)

1201

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (2):

mitteilung ueber das stadtbahn-unglueck

9 wien, 26.9. (rk) vor verhandlungsbeginn der tagesordnung meldete sich der amtsfuehrende stadtrat fuer verkehr und energie, franz ne k u l a , zu einer mitteilung an den gemeinderat betreffend den stadtbahn-unfall vom 14. september, bei dem 44 personen verletzt worden sind. nekula berichtete, dass bei grossveranstaltungen stets sondergarnituren eingesetzt werden. das geschah auch beim europa-cupspiel im weststadion. in den beiden letzten waggons wuetete eine gruppe jugendlicher im wahrsten sinn des wortes, zerschlug die beleuchtungskoeerper und zog die notbremse. der zug blieb unbeleuchtet in einer kurve im tunnel stehen. auch das rote decklicht war durch die mutwillige unterbrechung des stromkreises ausgefallen. ein nachfolgender zug fuhr auf. erstmals hatte damit der vandalismus nicht nur hohen sachschaeden angerichtet - im vorjahr allein 3,8 millionen schilling - sondern auch verletzte gefordert. in enger zusammenarbeit mit den sicherheitsbehoerden versuchen die verkehrsbetriebe dem vandalismus entgegenzuwirken. verstaerkte ueberwachung durch die polizei ist vorgesehen. die guertelstationen der stadtbahn wurden bereits mit notrufkaesten ausgestattet, die kontrollorgane erhalten funkgeraete.

im hinblick auf die zum teil verzernte und mitunter unsachliche darstellung der sicherheitsverhaeltnisse auf der stadtbahn, legte nekula den sicherheits- und verkehrstechnischen standard der stadtbahn ausfuehrlich dar: der seit 1954 von grund auf renovierte wagenpark erhielt automatische tueren mit ueberwachung, elektrisch-magnetische ventile zur verbesserung des bremsystems sowie eine totmann-einrichtung. ab 1965 erfolgt die erneuerung des signal-systems, so dass es den strengen sicherheitsanspruechen, die heute an ein oeffentliches verkehrsmittel gestellt werden, entspricht. die stellwerke wurden erneuert, so dass bei jedem halt-signal die zuege automatisch gebremst werden. die verbesserung der tunnelbeleuchtung ist im gange und wird bis jahresende von heiligenstadt bis margaretenguertel abgeschlossen sein. im kommenden jahr wird sie bis huetteldorf vollendet. der umbau der stadtbahn auf u-bahn-

betrieb, der bei voller aufrechterhaltung des stadtbahnbetriebes erfolgen muss, bedingt langsamfahrstellen. es ist eine illusion, zu glauben, dass der umbau ausschliesslich nachts von null bis vier uhr frueh moeglich waere.

nekula schilderte dann die staendigen kontrollen der wagen- und signaleinrichtungen, von taeglichen zweimaligen bremsproben jedes zuges und der taeglichen ueberpruefung saemtlicher signale. die besten technischen sicherheitseinrichtungen und die strengsten kontrollen koennen aber mutwillige zerstoerungswut und menschliches versagen nicht ausschalten. beides traf beim stadtbahnunfall vom 14. september zu. der fahrer des zweiten zuges haette auf den 540 meter nach der station stehengebliebenen zug im schrittempo heranfahren sollen. obwohl er auf grund der vorschriften zwei aufeinander folgende hauptsignale abwarten haette muessen, beschleunigte er nach dem ersten vorsignal die fahrt. die notbremse kam zu spaet. signale und bremse, die technischen sicherheitseinrichtungen haben funktioniert.

nekula wandte sich scharf gegen versuche der oevp, durch unhaltbare behauptungen ein sicheres und trotz dem u-bahn-umbau funktionierendes verkehrsmittel in misskredit zu bringen und unsicherheit in die bevoelkerung zu tragen. dadurch wird man sich aber nicht abhalten lassen, den oeffentlichen verkehr weiter auszubauen und zu verbessern. dazu gehoeren die umstellung der wiental- und donaukanallinie auf u-bahnbetrieb, ebenso aber auch weitere verbesserungen der bestehenden stadtbahn, so durch den bau einer neuen station thaliastrasse und eines zusaetzlichen aufganges bei der burggasse.

um auch menschliches versagen als unfallsquelle moeglichst auszuschalten, habe er die weisung gegeben - erklarte nekula abschliessend -, den einbau einer geschwindigkeitsueberwachung mit automatischer zwangsbremse bei geschwindigkeitsueberschreitungen bei fahrt auf sicht zu untersuchen. weiter wird die ausruestung der zuege mit batteriegespeisten halogenscheinwerfern und deckleuchten, die ausruestung der stadtbahngarnituren mit funkgeraeten sowie der einbau von telefonen im bereich der stellwerks- und ausfahrtssignale geprueft. auch die streckenbeleuchtung ausserhalb der tunnels soll verbessert werden. dies alles sind keine panikreaktionen auf den unfall, sondern planmaessige massnahmen, um den oeffentlichen verkehr noch besser, noch rascher und noch sicherer zu machen. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (3):

floridsdorfer bruecke in einem zug

10 wien, 26.9. (rk) fuer die zweite bauphase der floridsdorfer bruecke, der bruecke ueber das entlastungsgerinne und ueber die donauufer-autobahn beantragte bautenstadtrat hans b o e c k (spoe) einen kredit von 330.000.000 schilling. boeck fuehrte aus, dass durch die rasche vergabe die strassenbenuetzung der gesamten bruecke ab oktober 1978 moeglich sein werde. dies bedeute andererseits auch ein ersparnis der instandhaltungsarbeiten an der alten bruecke. die gesamte neue floridsdorfer bruecke werde auf 940 millionen schilling - ein fixpreis, der sich nicht mehr erhoehen kann - kommen. bei nichteinhaltung des zeitplanes haben die firmen ein poenale von taeglich 406.000 schilling zu bezahlen.

da es sich beim bau des zweiten brueckenteils um keine vergleichbare notstandssituation handle, werde die fraktion der fpoe dem spoe-antrag nicht zustimmen, nahm gr. h i r n s c h a l l (fpoe) die diskussion auf. wenn sich alle potenten firmen zusammenschloessen und eine art monopol bilden, so bedeute dies, dass der freie wettbewerb ausgeschaltet werde und die freie wirtschaft auf der strecke bleibe - eine entwicklung, die von oeffentlichen koerperschaften nicht noch gefoerdert werden sollte.

die halbe floridsdorfer bruecke mit vier fahrspuren koste nahezu soviel wie die ganze reichsbruecke mit sechs fahrspuren und der u-bahn-trasse. bei dieser preisdifferenz vermutete gr. hirnschall absprachen hinter den kulissen und angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen lage rePRESSIONen seitens der "arge wiener brueckenbau".

die uebernahme der kosten der floridsdorfer bruecke durch den bund und einen raschen abschluss der diesbezuglichen verhandlungen forderte gr. h o f f m a n n (oevp). obwohl die oevp ihre zustimmung zur sachkrediterhoehung geben werde, nahm der oevp-gemeinderat die gelegenheit wahr, eine "cronique scandaleuse" der floridsdorfer bruecke zu geben. bereits 1972 und 1973 seien forderungen nach

sanierung der bruecke laut geworden. im februar 1976 habe die oevp den antrag gestellt, auf die traisenbruecke zugunsten des neubaus der floridsdorfer bruecke zu verzichten. im august 1976 habe buergermeister leopold gratz erkluert, die bruecke sei bis auf rostflecken in ordnung, am 23. dezember habe die bruecke gesperrt werden muessen. seitdem haben sowohl stadtrat busek im nationalrat, als auch gr. hahn im gemeinderat die antraege zur uebernahme der floridsdorfer bruecke ins bundesstrassennetz gestellt. ueber gespraechen auf beamtenebene seien die verhandlungen jedoch noch immer nicht hinausgekommen. jetzt, da bereits der zweite brueckenteil vergeben worden sei, sei der ausgangspunkt fuer verhandlungen mit dem bund noch schwieriger geworden. eine vorausschauende planung und ein einheitliches konzept fuer die vergabe der brueckenteile seien versaeumt worden. (ba) (forts)

1308

wiener gemeinderat (4):

floridsdorfer bruecke (forts)

11 wien, 26.9. (rk) die oevp soll endlich die berechnungen auf den tisch legen, die zeigen, warum die floridsdorfer bruecke um 300 oder 200 millionen mehr koste als die reichsbruecke, erkluert gr. r a u t n e r (spoe). kann man dies nicht tun, sollten die im oevp-pressediens laufend gemachten unterstellungen zurueckgenommen werden. offenbar geht es der oevp um eine unsachliche polemik und nicht um die moeglichst rasche fertigstellung der floridsdorfer bruecke. die bewohner der betroffenen bezirke werden aber die nun getroffene rasche entscheidung zu schuetzen wissen.

die reichsbruecke wird nach den aenderungen der jury auf preisbasis 1977 auf 643 millionen schilling kommen. beruecksichtigt man baupreissteigerungen zwischen 20 und 30 prozent, und die zusaetzlichen kosten fuer die brueckenkoepfe, so sind nennenswerte preisunterschiede zwischen den beiden bruecken nicht feststellbar.

gr. h o f f m a n n (oevp) wies in einer zweiten wortmeldung den vorwurf, die oevp wolle den bau der floridsdorfer bruecke verzogern, scharf zurueck. natuerlich ist man fuer eine rasche fertig-

stellung und daher wurde von der oevp auch niemals der antrag auf einsetzung einer jury gestellt. fuer eine ausschreibung waere allerdings zeit gewesen und diese haette man durchfuehren muessen.

die kosten fuer die reichsbruecke werden nach angaben von bautenstadtrat boeck 720 millionen ausmachen. die differenz zur floridsdorfer bruecke macht daher rund 220 millionen aus.

ein kostenvergleich zwischen floridsdorfer bruecke und reichsbruecke ist wegen der grundverschiedenen probleme schwer moeglich, erklarte stadtrat boeck (spoe) in seinem schlusswort. boeck fuehrte zur untermauerung sechs gruende an:

1. die floridsdorfer bruecke wird in einer enorm kurzen bauzeit (zwei jahre weniger als international ueblich) fertiggestellt.

2. es handelt sich um einen fixpreis.

3. die floridsdorfer bruecke wird aus stahl hergestellt, fuer die reichsbruecke wird stahlbeton verwendet.

4. bei der floridsdorfer bruecke sind auf der brigittenauer seite besonders viele erschwernisse, wie zum beispiel die errichtung von pfeilern, zu ueberwinden.

5. das poenale bei der floridsdorfer bruecke.

6. die kurze fertigstellungszeit bei der floridsdorfer bruecke bringt einen schwer quantifizierbaren, sicherlich aber enormen volkswirtschaftlichen nutzen.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und oevp angenommen. (sei) (forts)

1334

wiener gemeinderat (5):

schubert-gesellschaft

12 wien, 26.9. (rk) gr. hermine f i a l a (spoe) referierte den antrag, der internationalen schubert-gesellschaft einen foerderungszuschuss von 140.000 schilling zu gewaehren.

gr. prof. b i t t n e r (oevp) erhob gegen den antrag keinen sachlichen einwand, wandte sich aber gegen die bedeckung aus dem kulturschilling. er stellte einen a b a e n d e r u n g s a n - t r a g , die bedeckung aus der rubrik wissenschaft, kunst und volksbildung vorzunehmen.

gr. hermine f i a l a (spoe) wies in ihrem schlusswort auf die bestehenden differenzen ueber den kulturschilling hin. wer durch wien gehe, fassaden und altstadt betrachte, muesse erkennen, dass die bisherige vorgangsweise erfolgreich war. die spoe stehe auf dem standpunkt, dass der kulturschilling darueber hinaus auch zur foerderung anderer kultureller aktivitaeten verwendet werden soll.

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde mit den stimmen der spoe abgelehnt, der antrag der berichterstatterin wurde mit den stimmen der spoe angenommen.

fussgaengerzone reumannplatz

gr. h a b e r l (spoe) stellte den antrag, den ausbau der fussgaengerzone reumannplatz mit einem kostenerfordernis von 13,8 millionen schilling zu genehmigen.

gr. ing. k r e i n e r (oevp) stellte fest, dass ueber die fuehrung der strassenbahnlilien 66 und 167 nach inbetriebnahme der u-bahn noch keine beschluesse gefasst worden seien. die plaene sollten den betroffenen vorher vorgelegt werden, die in den entscheidungsprozess miteinbezogen werden sollten. ing. kreiner stelle eine a n f r a g e ueber die strassenbahnlinie 'o'.

gr. h a b e r l (spoe) erklarte in seinem schlusswort, dass ueberlegungen ueber die fuehrung der strassenbahnlilien 66 und 167 sowie ueber die autobuslinie 66 a schon seit laengerem ange stellt wurden.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)

1341

gemeinderat (6):

strassenbau fuer uno-city

13 wien, 26.4. (rk) gr. r a u t n e r (spoe) referierte den bereits vom stadtsenat vorgenehmigten antrag, der internationalen amtssitz- und konferenzzentrum wien ag den bau der anbindungsstrassen an das oeffentliche strassennetz mit gesamtkosten von 181,500.000 schilling zu uebertragen. fuer 1977 ist eine baurate von 170 millionen erforderlich.

gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, seine fraktion werde zustimmen. zu kritisieren ist jedoch, dass die kostenaufteilung fuer die uno-city zwischen bund und wien nicht gerecht sei. ein fpoe-antrag, dass wien die kosten limitiere, wie es der bund beim u-bahn-bau getan habe, sei leider abgelehnt worden. ein weiterer wesentlicher punkt komme mit der fertigstellung auf uns zu: die quartiermacher der uno lassen durchblicken, dass sie mit der bereitstellung von wohnungen rechnen. man sollte keine falschen hoffnungen aufkommen lassen. oeffentliche mittel der wohnbaufoerderung seien fuer diesen zweck unzumutbar. das gaebe es auch in den uno-staedten new york und genf nicht.

gr. w i e s i n g e r (spoe) bezeichnete die verkehrser-schliessung der uno-city als notwendig. vor 14 tagen seien personal-vertreter der uno in wien gewesen und haetten sich ueber die ver-haeltnisse eingehend informiert. sie waren vor allem erfreut ueber die ehrlichen antworten zu allen problemen. die sorgen der neuankommenden betreffen vor allem das wohnungsproblem, schule und kinder-garten, kreditfragen, sicherheitsangelegenheiten und ver-kehrsfraegen. bezueglich des wohnungsproblems wurde bereits vorsorge getroffen. die yasa in laxenburg hat bereits ein buero eingerichtet, das auch kuenftig beratend und helfend zur verfuegung stehen wird. was im rahmen der gesetzgebung moeglich ist, wird die stadt wien tun. auch die schulprobleme koennen bis zur fertigstellung einer internationalen schule 1981 geloest werden. ein kindergarten wird im donaupark im einstigen seerestaurant eingerichtet, wobei die um-baukosten die uno-leute uebernehmen.

auch bezueglich krediten wird es hilfen geben, einige banken werden in der uno-city eigene filialen einrichten. bezueglich be-treuung der auslaendischen beamten hat sich der verein wien inter-national gut bewaehrt, und seine taetigkeit wird auch allgemein an-erkannt. die wirtschaftliche bedeutung kann an den bereits an-saessigen internationalen organisationen ermessen werden. atombe-hoerde, yasa, etc. beschaeftigen mehr als 4.000 angestellte, es wer-den jaehrlich 45 millionen dollar ausbezahlt. das entlastet nicht unwesentlich die zahlungsbilanz. es werden von diesen organisationen beachtliche investitionen getaetigt. so verzeichnet die atombehoerde heuer gesamttausgaben von 680 millionen schilling. die yasa inve-stiert 28 millionen und saniert laxenburg.

gr. h a h n (oevp) kritisierte, dass der antrag gemaess paragraph 98 vorgenehmigt wurde. es waere zeit genug gewesen, den vertrag vom maerz dieses jahres noch im juni dem gemeinderat vorzulegen. moeglicherweise haben beamte aber noch versucht, vom bund mehr an beteiligung "herauszureissen". die verkehrsanlagen, es sind noch fusswege zu bauen und der knoten schuettauplatz im zusammenhang mit der neuen reichsbruecke, werden noch teurer kommen, naemlich mehr als 300 millionen kosten. die verkehrerschliessung wird bei der eroeffnung, weil die u-bahn noch nicht fertig, mangelhaft sein. die planung hinkt nach, sie haette rascher und gruendlicher sein muessen. insgesamt werde die uno-city doch noch zu gross gebaut. es werden 3.200 bueroplaetze besetzt sein und nicht 4.600. angaben darueber, insbesondere betreffend eines oesterreichischen konferenzzentrums in der letzten "wien information" sind falsch. gr. hahn beschaeftigte sich anschliessend mit der bundespolitik und wandte sich gegen das 2. abgaben-aenderungsgesetz.

im s c h l u s s w o r t erklarte gr. rautner, dass die moeglichkeiten einer finanziellen beteiligung des bundes auf einer anderen ebene laegen. eine aenderung des finanzierungsschluessels, von der gr. hirnschall gesprochen hatte, habe mit dem vorliegenden antrag nichts zu tun. gr. wiesinger habe in sachlicher weise dargelegt, warum der heutige antrag beschlossen werden muesse. auch aus gr. hahns beitrag war ersichtlich, dass die verkehrsanbindungen als notwendig erkannt werden. auf die "ausfluege" in die bundespolitik koenne er aber nicht eingehen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (smo) (forts)
1453

gemeinderat (7):

debatte ueber u-bahn

15 wien, 26.9. (rk) die erhoehung des sachkredits fuer die u 1 im abschnitt karlsplatz um 118 millionen beantragte gr. s c h r e i - n e r (spoe). der betrag schluessele sich in 53 millionen fuer erweiterungen, in 32 millionen fuer investsteuern und in 33 millionen fuer preiserhoehungen auf.

diese vierte sachkrediterhoehung muesse nicht die letzte sein, denn die mit vier jahren vorausberechnete bauzeit betrage immerhin

bereits acht jahre und sei vorlaeufig mit 11 jahren festgesetzt, stellte gr. m a c h e r (oevp) fest. die erhoehung der baukosten um die verdoppelung des urspruenglichen betrages gehe also mit der bauzeitverlaengerung konform. schuld an den wiederholten verzoeegerungen und dadurch bedingten verteerungen sei das fehlen eines gesamt-konzeptes. gerade am karlsplatz habe das fehlen eines gesamtplanes immer wieder umplanungen, wie beispielsweise zur verlegung der strassen an die kuenstlerhausseite gefuehrt.

bei rechtzeitigiger fertigstellung haette man ausserdem nur ein jahr mehrwertsteuer zahlen muessen und somit waere verhindert worden, dass erhebliche mittel wieder dem bund zurueckfliessen. mit der u 3, der "geisterbahn vom neubau", sei man bereits mit dem baubeginn zwei jahre in verzug: sie haette 1975 begonnen und 1985 fertiggestellt sein sollen, momentan scheine die u 3 jedoch eher ein "projekt des 3. jahrtausends" zu werden. waehrend sich stadtrat nekula jedoch immerhin fuer den bau ausspraechte, werde ihre trasse seitens der stadtplanung ueberhaupt in frage gestellt.

in den bedenken, die von einem mitarbeiter der stadtplanung zum bau der u 3 in einer fachzeitschrift geaeussert wurden, erblickte gr. macher ein scheinengefecht der beiden stadtraete wurzer - nekula, das fuer die budgetendabrechnung zugunsten des finanzstadtrats mayr ausgetragen werde.

gr. macher stellte den a n t r a g , dass von den 312 millionen schilling, die durch die erhoehung der kraftfahrzeugsteuer vom bund der gemeinde wien zufliegen, mindestens 200 million schilling fuer den ausbau des u-bahnnetzes verwendet werden.

den mitarbeitern von stadtrat wurzer sei es grundsaeztlich freigestellt, ihre persoentliche meinung ueber bauvorhaben zu aeussern und stadtrat nekula habe seinerseits den bau der u 3 zugesagt, falls die finanzierung gesichert sei, begegnete stadtrat m a y r (spoe) der kritik seines vorredners. es sei jedoch leichter und vor allem wirtschaftlicher, zuerst zu verhandeln und dann zu bauen, als umgekehrt. der bund beteilige sich mit 560 millionen am bau der u-bahn, insgesamt werden jedoch jaehrlich 3 milliarden fuer den u-bahnbau ausgegeben, das heisst, dass drei viertel an eigenmitteln von der stadt fuer den u-bahnbau aufgebracht werden muessen. die u-bahn soll optimal nach technischen voraussetzungen finanziert werden, aber

auch den anderen oeffentlichen verkehrsmitteln, der strassenbahn und dem autobus sollen gegenueber dem individualverkehr mit nachdruck vorrang eingeraeumt werden.

in seinem schlusswort stellte gr. s c h r e i n e r (spoe) die gegenteiligen haltungen des ersten und des vierten bezirkes zur verkehrsfuehrung am karlsplatz gegenueber.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts)

1532

wiener gemeinderat (8):

wiener stadtbahn

16 wien, 26.9. (rk) die wiener verkehrsbetriebe gaben allein fuer den tag der offenen tuer 1,5 millionen schilling aus. fuer die wartung der signalanlagen auf der wiener stadtbahn stehen jaehrlich nur 100.000 schilling zur verfuegung. ist das noch verantwortlichkeit, fragte gr. d k f m. a m m a n n (oevp).

die wiener stadtbahn wird finanziell ausgehungert. der 52 jahre alte fuhrpark entspricht in keiner weise heutigen anforderungen, die wartung der waggons laesst zu wuenschen uebrig, und fuer die signalanlagen wird kaum geld ausgegeben. als sofortmassnahmen muessten nach ammann elektronische sicherheitseinrichtungen, die menschliches versagen ausschliessen, eingebaut werden, die signalanlagen muessten taeglich ueberprueft werden und man muesste sofort mit der beschleunigten generalisierung der waggons und signalanlagen beginnen. nach dem letzten unfall schrieb die presse von folgenden schwerwiegenden maengeln: die stadtbahn verwendet keine fahrtenschreiber, die bremswege sind zu lang, es gibt keine funkverbindung zwischen lenker und zugsbegleiter, fuer das schlusslicht gibt es keinen eigenen stromkreis und schliesslich sind die fahrer gezwungen, bei rot die fahrt fortzusetzen. die spoe verniedlicht diese zustaeude und fuehrt als letzte ausrede immer nur geldmangel an.

die reaktion der oevp auf den letzten stadtbahnunfall sei mehr als bedauerlich, erklarte gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe). man spricht von desolaten anlagen, wo es um die folgen des unbeachteten handelns jugendlicher geht. die sicherheitsverhaeltnisse auf der stadtbahn sind in ordnung.

die signale werden taeglich ueberprueft und fehler werden sofort behoben. ebenso wird jeder zug vor dem ausfahren taeglich kontrolliert. wenn ein hauptsignal auf rot gestellt ist, muss der fahrer zwei minuten anhalten und kann dann mit schrittgeschwindigkeit weiterfahren. erst wenn zwei auf gruen stehende hauptsignale passiert sind, darf er wieder mit normaler geschwindigkeit fahren.

die formel, dreimal unfall, dreimal menschliches versagen, ist zu einfach und billig, erklaerte gr. dkfm. b a u e r (fpoe). nach einbruch der dunkelheit ist es den fahrern nicht mehr moeglich, auf sicht zu fahren. die derzeit verwendeten scheinwerfer garantieren hoechstens eine sicht bis zu zehn meter. die schuld trifft daher nicht den fahrer, sondern die verantwortlichen, die nicht einzuhaltenen regeln aufstellen. beim letzten unglueck waren sicherlich die jugendlichen ausloesendes moment. bauer gab jedoch zu bedenken, dass gluehbirnen auch durch einen kurzschluss ausfallen koennen und dass mit einer notbremsung jederzeit gerechnet werden muss. (sei)

(forts)

1552

gemeinderat (9):

stadtbahn (forts)

17 wien, 26.9. (rk) stadtrat n e k u l a (spoe) erklaerte, dass er die von einer wiener tageszeitung zitierte aeusserung, die bremsen der stadtbahn seien nicht entsprechend, niemals gemacht habe. jede stadtbahn wird taeglich einer sogenannten grossen bremsprobe durch das werkstaettenpersonal und anschliessend einer weiteren bremsprobe durch das zugspersonal unterzogen. mit der zugsuebernahme habe das fahrpersonal die verantwortung fuer die funktionstuechtigkeit. wird bei der uebernahme irgendein fehler festgestellt, so besteht die verpflichtung, diese garnitur aus dem verkehr zu ziehen. auch die signale werden taeglich ueberprueft.

nekula bezeichnete die behauptung von gr. dkfm. ammann, durch die gratisfahrten am tag der offenen tuer seien den wiener verkehrsbetrieben mindereinnahmen von 1,5 millionen schilling erwachsen, als milchmaedchenrechnung, da das fahrgastaufkommen an samstagen nur etwa 30 prozent von dem an werktagen betrage. die behauptungen, dass fuer die signaleinrichtungen kein geld vorhanden sei und

dass nur 44 wagen der stadtbahn gewartet werden, bezeichnete nekula als falsch. von 1965 bis 1969 - also unter oevp-verantwortung - seien fuer die stadtbahn an erhaltungs- und investitionskosten 161,8 millionen schilling ausgegeben worden, unter spoe-verantwortung von 1970 bis 1976 374,6 millionen schilling. nekula wandte sich gegen das anzweifeln eindeutiger gerichtsurteile. fuer den letzten unfall stehe das gerichtliche urteil noch aus, er nekula hat noch in der unfallnacht veranlasst, dem gericht alle unterlagen zur verfuegung zu stellen. bei den beiden anderen unfaelten wurde vom gericht unter beruecksichtigung von sachverstaendigengutachten eindeutig menschliches versagen und nicht technisches gebrechen als ursache festgestellt.

verbesserungen seien immer wieder notwendig. bis karlsplatz wurde die beleuchtung bereits erneuert, die strecke bis zum margaretenquertel folgt noch heuer, ein antrag fuer die guertelstrecke liegt dem gemeinderat heute vor. die behauptung, dass ein solcher unfall nur in wien moeglich ist, sei falsch. in berlin etwa habe man das gleiche sicherheitssystem sogar von wien uebernommen.

menschliches versagen sei niemals vollkommen auszuschliessen. die 15.000 mitarbeiter der wiener stadtwerke geben ihr bestes, und es werfe derjenige den ersten stein, der noch nie einen fehler begangen habe.

die installation von lautsprecheranlagen bei strassenbahnstationen werde heute im gemeinderat beschlossen, die anschaffung von funkgeraeten erfolge noch heuer.

um das revisionsprogramm der stadtbahngarnituren - alle acht wochen revision, alle 300.000 kilometer beziehungsweise spaetestens alle fuef jahre hauptuntersuchung - noch zu beschleunigen, wurden auch privatfirmen herangezogen. dabei musste allerdings festgestellt werden, dass es bei den privaten ueberpruefungen haeufig zu terminueberschreitungen komme.

nekula lud alle interessierten gemeinderaete ein, sich an einer besichtigung der stadtbahnsicherheitseinrichtungen zu beteiligen, um sich damit aus erster hand ueber den sicherheitstechnischen standard zu informieren.

gr. s e v c i k (spoe) erinnerte in seinem schlusswort an den antrag, der anlass fuer die debatte um die stadtbahn wurde: die genehmigung eines sachkredites fuer die errichtung des zweiten aufgangs in der stadtbahnstation burggasse.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (10):

fussgaengerzone graben

18 wien, 26.9. (rk) gr. b u s t a (spoe) beantragte fuer den bau der fussgaengerzone graben mit angrenzenden strassen 19 mil-lionen schilling. davon sollen noch heuer 600.000 schilling verbaut werden.

gr. dr. k r a s s e r (oevp) begruesste die herstellung dieser fussgaengerzone und auch die herstellung in der rotenturmstrasse, weil damit die jahrelange periode des u-bahnbaues zu ende geht. er kritisierte jedoch den planungsablauf. es ist zu spaet mit der planung begonnen worden, so dass man in einen zeitnotstand geriet. es ist bedauerlich, dass anstelle von natursteinen fuer die pflasterung billige betonsteine verwendet werden. es fehlt an gross-zuegigkeit, die billige surrogatloesung sei nicht akzeptabel. auch die vorgesehenen maigloeckerl-leuchten stellen einen stilbruch dar. fuer die rotenturmstrasse sei eine gehsteigerweiterung mit lade-buchten vorgesehen. dort waere aber eine kurzparkzone angebracht, weil die ladezonen vermutlich dauernd verparkt sein werden. der durchzugsverkehr sonnenfelsgasse-lugeck-wipplingerstrasse sollte nicht unterbunden werden, solange die sogenannte schleifenloesung in der innenstadt nicht verwirklicht werden kann. im s c h l u s s - w o r t erwiderte der berichterstatter, dass es bezueglich ge-staltung und beleuchtung, weil geschmacksfragen, bei jeder fuss-gaengerzone diskussionen gegeben hat und geben wird. fuer die wahl der pflasterung waren nicht wirtschaftliche ueberlegungen massgeb-lich, sondern fragen der haltbarkeit etc.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

reparaturen in der stadthalle

gr. l u d w i g (spoe) beantragte einen kostenbeitrag der stadt wien zu reparaturarbeiten in der stadthalle von 1,403.000 schilling.

gr. a r t h o l d (oevp) wandte sich dagegen, dass dieser betrag aus den mitteln der sportfoerderung genommen werden soll. der

berichterstatter entgegnete im s c h l u s s w o r t das geld koennte nicht beim baulichen budget der stadt wien untergebracht werden, weil das gebaeude nicht der stadt wien gehoert. die reparaturen kommen ueberwiegend dem sportgeschehen zugute.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

foerderungszuschuss fuer "zentrum 22"

gr. gertrude s t i e h l (spoe) beantragte einen foerderungszuschuss von 800.000 schilling fuer den umbau des "zentrum 22" in ein saaltheater und kommunikationszentrum.

gr. prof. b i t t n e r (oevp) wandte sich auch hier dagegen, dass das geld aus dem kulturschilling genommen wird.

a b s t i m m u n g : der antrag wurde mit den stimmen der spoe angenommen. der abaenderungsantrag mit den stimmen der spoe und fpoe abgelehnt. (smo) (forts)

1635

gemeinderat (11):

subvention

19 wien, 26.9. (rk) fuer die renovierung des theaterraums soll dem verein "freie buehne wieden", dem bereits eine subvention von 500.000 schilling zur verfuegung gestellt worden sei, ein weiterer foerderungszuschuss von 300.000 schilling gewahrt werden, referierte gr. w i n d h a b (spoe).

gr. p r o h a s k a (oevp) stellte dazu fest, dass seine fraktion bereits die erste subvention abgelehnt habe, da die bedekung aus dem kulturschilling erfolge und die existenz der freien buehne vertraglich nicht gesichert sei. der neuerliche foerderungszuschuss bestaetige den verdacht, dass die spoe-wieden rasch in den genuss eines renovierten hauses kommen solle.

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe.

die ausfuehrung des donauhochwasserschutz-projektes nach den empfehlungen der donaujury erfordere fuer das baulos 1, von der hafenausfahrt lobau bis zur steinspornbruecke hoehere finanzielle mittel. den antrag fuer die erhoehung des sachkredits um 800 millionen schilling stellt gr. r a u t n e r (spoe).

auf eine weitere erhoehung fuer das baulos 2 machte gr. dr. peter m a y r (oevp) aufmerksam. ein weiterer nachteil des donauinselprojektes sei, dass der hochwasserschutz noch jahrelang nicht wirksam werde, das ueberschwemmungsgebiet praktisch nutzlos und die hochwasserkanten bruechiger denn je seien. das am 23. juni in der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission versprochene konzept fuer die prioritaaeten des hochwasserschutzes liege noch immer nicht vor. das aushubmaterial, welches sich zur zeit vis-a-vis des kahlenbergerdorfes tuerme, soll auf dem kleehaeufel deponiert werden. bis jetzt gaebe es aber dafuer noch keine baubewilligung. eine begruenung des aushubmaterial wuerde den juryempfehlungen widersprechen. die neue organisationsform "donaubereich wien" soll endlich eingesetzt werden und wirksame massnahmen treffen.

gr. s c h u l t z (spoe) hob die zwiespaeltige haltung der oevp zum donauhochwasserschutz-projekt hervor. die spoe sei dagegen von anfang an fuer das projekt eingetreten, weil es das oekologische gleichgewicht und damit den weiterbestand der alten donau und der lobau sichere. die schwierigkeiten an der rechten hochwasserschutzkante ergeben sich daher, dass in diesem bereich viele betriebe stehen, fuer die erst neue standorte gesucht werden muessen. die organisation "donaubereich wien" wird am 1. oktober ihre taetigkeit aufnehmen und den beirat einberufen. auch mit den schuettungen am kleehaeufel wird in kuerze begonnen, jedoch wird nicht das gesamte aushubmaterial verfuehrt, da es teils als laermschutz fuer die donauufer-autobahn deponiert bleibt.

haette man den absoluten hochwasserschutz nach den vorschlaegen der oevp ausgefuehrt, waeren die alte donau und die lobau bereits zugrunde gegangen, stellte gr. r a u t n e r in seinem schlusswort fest.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (12):

kapitalzufuhr fuer wiener stadthalle

20 wien, 26.9. (rk) eine kapitalzufuhr in der hoehe von 36 millionen an die wiener stadthalle und das erlassen eines im jahre 1966 eingeraeumten betriebskredites in der hoehe von 40 millionen (berichterstatter gr. b r a u n , spoe) fuehrten zu einer umfassenden diskussion ueber die wiener stadthalle.

gr. dkfm. b a u e r (fpoe) forderte ein realistisches veranstaltungskonzept, das die grenzen der stadthalle in der kulturstadt wien absteckt. kapitalspritzen allein sind zu wenig, da der griff in die tasche der steuerzahler nicht der weisheit letzter schluss sein darf. bereits im jahre 1974 glaubte man mit 150 millionen schilling die letzten spuren einer stadthallenpleite beseitigt zu haben. seither hat man sehr wenig dazu gelernt. das sperren des restaurants, des filmverleihes und dreier kinos sind zwar bescheidene ansaetze, ein unternehmenskonzept ist das noch nicht. mit der nun vorgeschlagenen sanierung wird der stadthalle wesentlich mehr geld zugeschanzt als die zur beschlussfassung beantragten 36 millionen: nimmt man alle subventionen einschliesslich der sportsubventionen, kommt man auf einen betrag von 260 millionen.

in den naechsten wochen werden der stadthalle 156 millionen zur verfuegung gestellt, erklaerte gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp). 76 millionen durch den beantragten gemeinderatsbeschluss, weitere 50 millionen fuer investitionen und erhaltung und 30 millionen gleichsam als ewige jaehrliche subvention. damit stellt man die weichen fuer eine ungesunde entwicklung und zeigt der geschaeftsfuehrung, dass verluste keine rolle spielen. die stadthalle wird zu einem finanzzwitter zwischen bauring und bundesbahnen.

woeber erinnerte an den bericht der wiener holding, der erhebliche sparmoenlichkeiten aufzeigte. dafuer waere allerdings ein umfassendes unternehmenskonzept notwendig. daneben muessten fuer die stadthalle ein kultur- und sportkonzept vorgelegt werden. diese konzepte waeren voraussetzung fuer eine sanierung der stadthalle.

die nun vorgeschlagene stadthallensanierung geht weit ueber eine finanzhilfe hinaus, erklarte stadtrat m a y r (spoe). in drei wesentlichen positionen kommt es zu einer vermindering des verlustes: 1. das restaurant wurde bereits geschlossen, der buffetbetrieb wird weitergefuehrt. 2. die stadthalle beendet ihre taetigkeit im filmverleih noch in diesem jahr. 3. im bereich der kinokette wird man jene kinos die ihre betriebsausgaben einspielen koennen, halten. nur jene kinos, die auch diese kosten nicht hereinspielen, werden geschlossen.

fuer die stadthalle selbst wird anerkannt, dass sie die investitionen nicht erwirtschaften kann. alle anderen aufwendungen muss sie jedoch selbst aufbringen. diese loesung zwingt die geschaeftsfuehrung zu einer wirtschaftlichen fuehrung.

die stadthalle ist das groesste freizeitgestaltungszentrum europas, erklarte gr. b r a u n (spoe), in seinem schlusswort. das spektrum reicht vom sport ueber kongresse bis zu festivals. es gibt keine vergleichbare halle in europa, die nicht defizitaer ist.

demoskopische untersuchungen haben ergeben, dass rund 50 prozent der wiener bevoelkerung die einrichtungen der wiener stadthalle in anspruch nehmen. worte wie "millionen zuschanzen" oder "fass ohne boden" sollten nicht auf die wiener stadthalle angewendet werden. damit verkennt man die bedeutung dieses freizeitentrums.

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe angenommen.

(sei) (forts)

1811

gemeinderat (13):

wiener hafen

22 wien, 26.9. (rk) gr. s a l l a b e r g e r (spoe) referierte den antrag auf gruendung der "wiener hafen- und lagerbetrieb, planungs-, ausbau und koordinationsges.m.b.h." mit einem kapital von zehn millionen schilling. sallaberger bezeichnete die gruendung dieser gesellschaft als loesung fuer die aufgabe, neue lebensmoeglichkeiten fuer den wiener hafen zu schaffen. bestehende maengel sollen saniert, neue betriebe angesiedelt, grundflaechen verwertet werden.

gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) stellte fest, dass zuerst besser ein studienauftrag vergeben, dann ein konzept erstellt und erst zuletzt die gesellschaftstechnische reform durchgefuehrt werden haette sollen. dennoch werde die oevp fuer diesen antrag stimmen, weil die hafenanlagen so desolat seien, dass ein aufschub der sanierungsmassnahmen nicht sinnvoll waere. der hafen solle ein umschlagplatz in realistischer groesse werden, moeglichkeiten zur betriebsansiedlung sollen genuetzt werden.

gr. s a l l a b e r g e r (spoe) bekraeftigte in seinem schlusswort die absicht, keine moderne industrieruine zu bauen, sondern dem hafengebiet neues leben zu ermoeeglichen.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

wiener abwasserbeseitigungsprojekt

stadtrat n i t t e l nahm antraege zur erhoehung der sache kredite fuer die hauptklaeranlage, fuer das hochwasserpumpwerk beim rechten hauptsammelkanal und fuer den bau des pumpwerkes des linken donausammelkanals sowie ueber den umbau der regenueberfaelle beim rechten hauptsammelkanal und detailprojektierungen fuer den linken donausammelkanal zum anlass, einen bericht ueber das wiener abwasserbeseitigungsprojekt (wabas 80), ueber den stand der arbeiten und das fertigstellungsprogramm zu erstatten.

vor einem jahr wurde der vertrag ueber die schlammabgabe beziehungsweise -uebernahme ab 1980 geschlossen. auf diesen termin musste das fertigstellungsprogramm abgestimmt werden.

der bauliche teil der hauptklaeranlage sowie ein teil der maschinellen einrichtungen, nicht jedoch das betriebsgebäude, sind fertiggestellt. das pumpwerk rechter hauptsammelkanal ist in bau, die verlaengerung des linken hauptsammelkanals fast fertig. der dueker unter dem donaukanal ist fertig, ebenso der dueker unter der neuen donau. der donaudueker ist zu drei viertel fertig. im rohbau fertig ist auch der elf kilometer lange linke donausammelkanal. vom rechten donausammelkanal wurde das erste baulos fertiggestellt, die praterquerung ist in planung, ebenso die umlegung des liesingstal-sammelkanals.

der gemeinderat hat seit 1968 rund 20 beschluesse gefasst, die zum teil wesentliche veraenderungen der urspruenglichen konzeption

brachten. am wichtigsten waren die einbindung der linksufrigen kanaele in die klaeranlage und die dadurch bedingte vergroesserung der klaeranlage, die gemeinsame inbetriebnahme der mechanischen und der teilbiologischen reinigung sowie die entscheidung zur verbrennung des klaerschlammes.

es ergaben sich auch kostenerhoehungen, von einer kostenexplosion koenne jedoch ueberhaupt keine rede sein. zwei unabhaengige fachleute wurden damit beauftragt, eine beurteilung der bisherigen arbeiten durchzufuehren sowie vorschlaege fuer moegliche einsparungen fuer den restlichen bauteil zu machen. beide gutachten stimmen darin ueberein, dass die klaeranlage grundsuetzlich richtig gebaut wurde.

aufgrund der einsparungsempfehlungen wurde das schlussprogramm neu erstellt, wobei gegenueber dem programm von anfang 1977 einsparungen von rund 180 millionen schilling erzielt werden konnten. es sei richtig gewesen, die verzoegerung durch die erstellung der gutachten in kauf zu nehmen, um den gesamtumfang genau zu kennen.

die gesamtkosten fuer das abwasserbeseitigungsprojekt liegen mit 2,85 milliarden schilling nunmehr vor. nach seiner fertigstellung werden saemtliche wiener abwaesser siebzigprozentig teilbiologisch geklaert werden. (ger) (forts)

1915

gemeinderat (14):

abwasserbeseitigungsprojekt (forts)

23 wien, 26.9. (rk) gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) erklarte, dass in den gutachten ueber die schlambeseitigung wichtige erkenntnisse enthalten sind, aber auch widersprueche. es entsteht der eindruck, dass die geplante verbrennungsanlage den anfallenden mengen nicht gerecht werden wird. bestimmte methoden zur verarbeitung von mehr-mengen sind aber im vertrag mit der ebs nicht enthalten. die gutachter selbst druecken sich sehr vorsichtig aus und lassen nahezu alles offen. daraus ergibt sich die alternative, dem einen zu glauben oder dem anderen. werden also schlammengen uebrigbleiben, was geschieht dann mit ihnen? daher bringe er den

26. september 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2366

a n t r a g ein, noch eingehende untersuchungen zu veranlassen, wieviel tonnen frischschlamm in der hauptklaeranlage tatsaechlich anfallen werden.

gr. dkfm. dr. a i g n e r (spoe) erklaeerte, dass nach jahre-langen versuchen ein ueberblick ueber den schlammanfall gewonnen wurde, sodass nun das projekt zum abschluss gebracht werden kann. die oevp aeussere oft wuensche, die unrealistisch sind. das hat keinen sinn. stadtrat nittel hat eine bestandsaufnahme gemacht, so dass nun die letzte grosse investitionsentscheidung getroffen werden kann. die zahlen liegen auf dem tisch, ein projektleiter ist bestellt. kein wunschdenken, sondern eine verantwortungsvolle politik sollte man aber auch von der opposition erwarten. fuer bauverzoegerungen hat es stichhaltige gruende gegeben. aus wirtschaftlichen gruenden wurden naemlich das linksseitige donauufer mit dueker in die planung einbezogen. eine grossanlage ist wirtschaftlicher als eine kleinere, da kann man die laengere bauzeit in kauf nehmen. auch ueber die schlambeseitigung haben sich inzwischen die vorraussetzungen geaendert, das brachte eine verzoegerung. wenn nunmehr sachkrediterhoe-hungen fuer drei hauptprojekte, naemlich hauptklaeranlage und zwei pumpwerke erfolgen, so deshalb, weil arbeits- und materialkosten gestiegen sind. die gesamt-kosten von 2,8 milliarden sind sicher viel geld. ein vergleich mit klaeranlagen in deutschlang zeigt jedoch, dass dort pro einwohner zwischen 50 und 160 dm investiert werden, bei uns kommt die anlage auf umgerechnet 50 dm pro einwohner.

stadtrat n e u s s e r (oevp) fand es eigenartig, dass nun stadtrat nittel als retter der klaeranlage hingestellt wird. das projekt beschaefftigt naemlich seit 1965 die stadt wien. 1968 wurde es vom gemeinderat grundsaeztlich beschlossen. die nunmehr heiss umstrittenen schlamm-gutachten haette man aktenkundig durch einen oevp-antrag schon 1973 erstellen lassen koennen. die gutachten wurden aber erst im maerz 77 eingeholt, im april waren sie beim stadtrat, der sie bis september in schreibtschladen verschwinden liess. die unterlagen, die vor einigen tagen erfreulicherweise dennoch zur verfuegung gestellt wurden, sind jedoch verwirrend abgefasst, besonders in der chronologie. es ist unklar, wieviel geld eigentlich noch gebraucht wird, es duerften zwei milliarden sein, so dass bis 1980 jaehrlich etwa 700 millionen aufgebracht werden

muessten. als brueskierung des gemeinderates muss angesehen werden, dass bereits am 19. september der bautenausschuss die vergabe der arbeiten, fuer die erst heute der gemeinderat die kredite genehmigen soll, beschlossen wurde.

im s c h l u s s w o r t sagte stadtrat nittel, dass die gutachten der experten dem politiker eine wertvolle entscheidungshilfe geben, aber ihm die verantwortung nicht abnehmen. beim vergleich mit anderen klaeranlagen gibt es keine eindeutigen aussagen. es gibt naemlich keine zwei gleichen anlagen auf der welt. die wiener anlage ist durch eine komplizierte zusammenfuehrung von kanal-systemen charakterisiert. der kostenvergleich mit deutschland faellt guenstig aus, aber die anlagen an sich sind nicht vergleichbar. die frage des schlammaufkommens ist tatsaechlich sehr schwierig und werde von ihm, nittel, sehr wichtig erachtet. er habe daher alle zustaendigen experten um stellungnahmen gebeten. er sei aber gerne bereit, den oevp-antrag weiter zu behandeln.

die oevp hat jedoch in einer sache von rechtsbruch gesprochen, die unschwer zu widerlegen ist. die vergabearbeiten wurden naemlich vom bautenausschuss genehmigt, vorbehaltlich der sachkrediterhoehung durch den gemeinderat. das stand ausdruecklich im akt. er, nittel, betreibe die expeditiv antragstellung - auch durch die vorgenehmigung der hauptklaeranlage im stadtsenat, um die arbeiten flott durch die sommerpause voranzu bringen (zwischenruf stadtrat neusser: "ich nehme den ausdrueck rechtsbruch zurueck. im stadtsenat haben sie aber nicht darauf hingewiesen".)

was die kosten betrifft, sagte nittel abschliessend, dass bis 1976 1,3 milliarden verbaut wurden, heuer kommen 300 millionen dazu. die differenz auf 2,85 milliarden ist noch aufzubringen. von den schlammgutachten ist das erste im maerz gekommen, das zweite im juni. da beide zusammengehoeeren, konnten sie nicht frueher zur verfuegung gestellt werden. im mai 1980 soll jedenfalls die anlage in betrieb gehen. sein - nittels - beitrag war und ist es, die schlussphase zu organisieren.

a b s t i m m u n g : der oevp-antrag wurde einstimmig dem zustaendigen ausschuss zugewiesen. die sachkreditantraege betreffend hauptklaeranlage und pumpwerk des linken sammelkanals wurden mit den stimmen der fpoe und der spoe angenommen. die annahme der uebrigen antraege erfolgte einstimmig. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (15):

kreditbuergschaft

24 wien, 26.9. (rk) fuer einen kredit der wiener heizbetriebe in der hoehe von 440 millionen uebernimmt die stadt wien die haftung als buerge. diesen antrag fuer den aufbau eines fernwaermeverbundsystems stellte gr. b u s t a (spoe).

gr. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) meinte dazu, dass ihre fraktion keinen einwand gegen den aufbau eines fernwaermeverbundes habe, deponierte jedoch, dass im aufsichtsrat der heizbetriebe ein investitionsaufwand von lediglich 310 millionen beantragt und genehmigt worden sei.

die gemeinde wien habe die haftung ueber die 440 millionen vorsorglich uebernommen, die ausnuetzung der finanzmittel sei nur dann moeglich, wenn der aufsichtsrat der heizbetriebe einen neuerlichen antrag stelle, den kredit auszuschoepfen, schloss gr. b u s t a die diskussion.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen.

arenagelaende

den antrag zum verkauf des inlandschlachthofes stellte ing. h o f s t e t t e r (spoe). das areal werde in ost-westlicher richtung so geteilt, dass 28.000 quadratmeter an die wiener staedti-sche lager- und kuehlhaus ges. m. b. h. entfallen, 14.000 quadratmeter an das forum arena.

die vorgaenge rund um den neubau des staedti-schen kuehlhauses seien ein negatives beispiel fuer die wirtschaftspolitik der gemeinde wien, kritisierte stadtrat dr. g o l l e r (oevp). der rohbau des kuehlhauses koennte bereits fertig sein, wenn die spoe nicht falschen prioritaaeten den vorrang gegeben haette und nicht am auslandsschlachthof statt des notwendigen kuehlhauses ein modezentrum errichtet worden sei. urspruenglich sei das ganze areal im ausmass von 45 quadratkilometer der arena angeboten worden, obwohl zu diesem zeitpunkt feststand, dass auf demselben areal ein baugrund fuer das kuehlhaus benoetigt werde.

die standpunktlosigkeit der spoe zur frage der arena habe zum beschlusschaos gefuehrt, der neubau des kuehlhauses wurde darueber vernachlaessigt. gr. h a n k e (spoe) betonte, dass durch die nun vorgenommene teilung des areals der arenagedanke seine verwirklichung finden koennte.

die kritik zur verzoegerung des kuehlhausbaues wies gr. h o f - s t e t t e r (spoe) im schlusswort mit dem hinweis zurueck, dass der antrag fuer das grundstueck erst im november 1976 gestellt worden sei.

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (ba) (forts)

2026

gemeinderat (16):

stadtbahndebatte

25 wien, 26.9. (rk) da die debatte zu der mitteilung von stadtwerke-stadtrat franz n e k u l a ueber die wiener stadtbahn bereits in der erledigung der tagesordnung (siehe rk-bericht "wiener stadtbahn", gr. nr. 8) zum groessten teil vorweggenommen worden war, beschraenkten sich gr. dkfm. b a u e r (fpoe) und gr. k o p f e n s t e i n e r (spoe) auf kurze ergaenzungen.

damit war die tagesordnung erledigt. der vorsitzende, gr. ing. h o f m a n n schloss die sitzung kurz nach 19 uhr. (sei) (schluss)
(ende des sitzungsberichtes)

2028